

§ 1 Allgemeines

1. Die nachstehenden AEB der Cohline GmbH, Schlauchleitungssysteme, Dillenburg, gelten für alle Verträge, Bestellungen und Leistungen unserer Lieferanten. Wir bestellen Lieferungen und Leistungen ausschließlich aufgrund unserer AEB. Diese gelten für alle gegenwärtigen und zukünftigen Geschäftsbeziehungen. Abweichende, entgegenstehende oder ergänzende Allgemeine Geschäftsbedingungen des Lieferanten werden - selbst bei Kenntnis oder vorbehaltloser Annahme von Lieferungen und Leistungen des Lieferanten - nicht Vertragsbestandteil, es sei denn, ihrer Geltung wird ausdrücklich schriftlich zugestimmt.
2. Die Abtretung oder Verpfändung von Ansprüchen aus sämtlichen Verträgen mit uns ist nur mit unserer ausdrücklichen schriftlichen Zustimmung zulässig.
3. Unsere AEB gelten nur gegenüber Unternehmern i. S. v. § 310 Abs. 1 Bürgerliches Gesetzbuch (BGB).

§ 2 Angebot, Angebotsunterlagen

1. Die Ausarbeitung von Angeboten ist für uns kostenlos, unverbindlich und hat schriftlich zu erfolgen.
2. An Abbildungen, Zeichnungen, Berechnungen und sonstigen Unterlagen behalten wir uns Eigentums- und Urheberrechte vor. Sie dürfen ohne unsere ausdrückliche schriftliche Zustimmung Dritten nicht zugänglich gemacht werden. Sie sind ausschließlich für die Fertigung aufgrund unserer Bestellung zu verwenden. Nach Beendigung der Geschäftsbeziehungen sind uns sämtliche Unterlagen unaufgefordert zurückzugeben. Dritten gegenüber sind sie geheim zu halten.
3. Unsere Bestellung muss vom Lieferanten innerhalb einer Frist von 3 Arbeitstagen angenommen werden, anderenfalls gilt sie als abgelehnt.
4. Nimmt der Lieferant eine Bestellung nicht vorbehaltlos und unverändert an, sondern gibt ein von unserer Bestellung abweichendes Angebot ab, so kommt ein Vertrag erst dann zustande, wenn das neue Angebot von uns schriftlich bestätigt wird.

§ 3 Internationales Materialdatensystem

1. Der Lieferant bestätigt mit Abgabe seines Angebotes oder Annahme unserer Bestellung, dass er an der Internetplattform „Internationales Materialdatensystem“ (IMDS) teilnimmt. Er hat die vollständigen Materialdaten eine Woche vor der ersten Lieferung dort einzustellen, sofern keine andere Frist ausdrücklich vereinbart ist.
2. Der Lieferant ist verpflichtet, die Nutzungsbedingungen der IMDS-Plattform einzuhalten, ausschließlich die von uns vorgegebenen Artikelbezeichnungen zu verwenden und unverändert für die IMDS-Plattform zu übernehmen.
3. Wir prüfen innerhalb einer Woche seit Ablauf der Frist nach § 3 Abs. 1 Satz 2, ob die Daten vertragskonform und vollständig sind. Eine Bestellung von uns darf erst ausgeführt werden, wenn die vom Lieferanten hinterlegten Materialdaten auf der IMDS-Plattform durch uns freigegeben worden sind. Ist ein vorgegebener oder vereinbarter Liefertermin wegen fehlender Freigabe nicht einzuhalten, hat uns der Lieferant unverzüglich hierüber zu informieren. Für einen Lieferverzug wegen verzögerter Freigabe haftet der Lieferant nur, wenn er die Verzögerung zu vertreten hat.
4. Lieferungen, die unter Missachtung der vorstehenden Absätze vom Lieferanten ausgeführt werden, gelten als mangelhaft und können von uns zurückgewiesen werden. Insbesondere sind wir berechtigt, Nacherfüllung zu verlangen, vom Vertrag zurückzutreten, den vereinbarten Preis zu mindern oder Schadensersatzansprüche geltend zu machen.

§ 4 Lieferzeit

1. Die in der Bestellung angegebene Lieferzeit ist bindend, wenn nichts anderes vereinbart ist.
2. Der Lieferant ist verpflichtet, uns unverzüglich schriftlich in Kenntnis zu setzen, wenn Umstände eintreten oder ihm erkennbar werden, aus denen sich ergibt, dass die bedungene Lieferzeit nicht eingehalten werden kann.
3. Im Falle des Lieferverzuges stehen uns die gesetzlichen Ansprüche zu. Insbesondere sind wir berechtigt, nach fruchtlosem Ablauf einer angemessenen Nachfrist Schadensersatz statt der Leistung und Rücktritt zu verlangen. Verlangen wir Schadensersatz, steht dem Lieferanten das Recht zu, uns nachzuweisen, dass er die Pflichtverletzung nicht zu vertreten hat.

4. Treten wir gem. Abs. 3 vom Vertrag zurück, sind wir berechtigt, insoweit Deckungskäufe bei dritten Lieferanten zu tätigen oder Ersatzware von Dritten herstellen zu lassen. Der Lieferant verzichtet auf die Geltendmachung etwaiger, zu seinen Gunsten bestehenden Schutzrechten vorbehalten und widerruft, falls wir Ersatzware von Dritten herstellen lassen. Weitergehende Schadensersatzansprüche bleiben unberührt.

§ 5 Preise, Liefer- und Zahlungsbedingungen

1. Der in der Bestellung ausgewiesene Preis ist bindend und versteht sich einschließlich der Umsatzsteuer in gesetzlicher Höhe, sofern nichts anderes ausgewiesen ist.
2. Sämtliche Lieferungen erfolgen fracht- und spesenfrei für uns einschließlich der Kosten für Verpackung und auf Gefahr des Lieferanten bis zu der von uns genannten Annahmestelle. Kosten für Transportversicherungen werden von uns nicht getragen, wenn dies nicht ausdrücklich anders vereinbart ist.
3. Sämtliche Rechnungen sind sofort in einfacher Ausfertigung an uns abzusenden. In den Rechnungen ist unsere Bestellnummer anzugeben. Die Rechnung hat den Anforderungen des § 14 Umsatzsteuergesetz zu genügen.
4. Die Zahlung erfolgt innerhalb von 30 Tagen seit vollständiger Lieferung der Ware oder Teillieferung, soweit eine solche ausdrücklich vereinbart ist, und Stellung einer ordnungsgemäßen Rechnung i. S. v. Abs. 3. Bei Zahlung innerhalb von zehn Tagen seit Eintritt der vorgenannten Ereignisse erfolgt diese unter Abzug von 2 % Skonto. Anders lautende Vereinbarungen zum Zahlungsziel sind möglich und müssen schriftlich vereinbart werden.
5. Aufrechnungs- und Zurückbehaltungsrechte stehen uns im gesetzlichen Umfang zu.
6. Die Abtretung von Forderungen gegen uns ist nur mit unserer ausdrücklichen Zustimmung wirksam.
7. Einführung oder Erhöhung von öffentlichen Abgaben und Steuern, Frachtkosten, Lohn, Material oder anderen preisbildenden Faktoren nach Vertragsabschluss gehen zu Lasten des Lieferanten.

§ 6 Mängeluntersuchung und -haftung

1. Wir behalten uns vor, Qualitätsprüfungen vor und nach der Lieferung beim Lieferanten vorzunehmen. Qualitätsprüfungen bei Lieferanten können auch mit unseren Kunden gemeinsam durchgeführt werden.
2. Die gesetzlichen Mängelansprüche stehen uns ungekürzt zu. In jedem Fall sind wir berechtigt, vom Lieferanten nach unserer Wahl Mängelbeseitigungen oder Lieferung einer neuen Sache zu verlangen. Das Recht auf Schadensersatz, insbesondere das Recht auf Schadensersatz statt der Leistung, bleibt ausdrücklich vorbehalten.
3. Wir sind berechtigt, auf Kosten des Lieferanten die Mängelbeseitigung selbst vorzunehmen, wenn der Lieferant in Verzug ist.
4. Die Verjährungsfrist beträgt 36 Monate, beginnend ab Gefahrübergang, soweit nicht zwingende Bestimmungen der §§ 445 b, 478 Abs. 2 BGB eingreifen.
5. Die Vorschrift des § 377 Handelsgesetzbuch findet keine Anwendung, soweit es sich nicht um offensichtliche Mängel von Lieferanten handelt.
6. In jedem Fall beträgt die Frist zur Mängelrüge nach Entdeckung eines Mangels fünf Werktage.

§ 7 Produkthaftung, Freistellung und Haftpflichtversicherungsschutz

1. Soweit der Lieferant für einen Produktschaden verantwortlich ist, ist er verpflichtet, uns insoweit von Schadensersatzansprüchen Dritter auf erstes Anfordern freizustellen, als die Ursache in seinem Herrschafts- und Organisationsbereich gesetzt ist und er im Außenverhältnis uns oder Dritten gegenüber selbst haftet.
2. Im Rahmen seiner Haftung für Schadensfälle i. S. v. Abs. 1 ist der Lieferant auch verpflichtet, etwaige Aufwendungen gem. §§ 683, 670 BGB oder gem. §§ 830, 840, 426 BGB zu erstatten, die sich aus oder im Zusammenhang mit einer von uns durchgeführten Rückrufaktion ergeben. Über Inhalt und Umfang der durchzuführenden Rückrufmaßnahmen werden wir den Lieferanten - soweit möglich und zumutbar - unterrichten und ihm Gelegenheit zur Stellungnahme geben. Unberührt bleiben unsere sonstigen gesetzlichen Ansprüche.
3. Die erforderliche Unterrichtung der jeweils zuständigen Behörde nach den Vorschriften des ProdSG übernehmen wir in Abstimmung mit dem Lieferanten.

4. Der Lieferant verpflichtet sich, eine Produkthaftpflichtversicherung zu unterhalten. Die Mindestdeckungssumme bemisst sich nach den Vorjahresnettoumsätzen aller Produkte, die wir von einem Lieferanten beziehen, und ist wie folgt gestaffelt:

Vorjahresnettoumsatz	Deckungssumme
EUR 0,00 bis EUR 50.000	mindestens EUR 2.000.000
EUR 50.000,01 bis EUR 250.000	mindestens EUR 3.000.000
mehr als EUR 250.000	mindestens EUR 5.000.000

Bei einem Vorjahresumsatz von mehr als EUR 250.000,00 ist zusätzlich eine Kfz-Rückrufkostenversicherung abzuschließen.

Das Bestehen einer ausreichenden Versicherung ist uns jeweils zum 1. Januar eines Kalenderjahres schriftlich nachzuweisen. Wird der Inhalt eines abgeschlossenen Versicherungsvertrages während der laufenden Lieferbeziehungen geändert oder der Vertrag beendet, sind wir hierrüber unverzüglich schriftlich zu informieren. Das Nichtbestehen eines Versicherungsschutzes stellt für uns stets einen wichtigen Grund zum Rücktritt vom Vertrag oder zur Kündigung laufender Lieferbeziehungen dar.

Beginnt eine Lieferbeziehung in einem Kalenderjahr und besteht aus diesem Grund noch kein Vorjahresumsatz, anhand dessen sich die zu gewährleistende Deckungssumme ermitteln lässt, behalten wir uns vor, mit dem Lieferanten eine besondere Vereinbarung hinsichtlich des Abschlusses einer Produkthaftpflichtversicherung zu treffen.

Stehen uns weitergehende Schadensersatzansprüche zu, so bleiben diese unberührt.

§ 8 Schutzrechte

1. Der Lieferant gewährleistet, dass im Zusammenhang mit seiner Lieferung keine in den folgenden, öffentlichen Registern eingetragenen Rechte Dritter verletzt werden: Deutsches Patentregister, Deutsches Markenregister, Register des Europäischen Patentamtes (EPA), United States Patentand Trademark Office (USPTO).

2. Werden wir von einem Dritten deshalb in Anspruch genommen, so ist der Lieferant verpflichtet, uns auf erstes schriftliches Anfordern von diesen Ansprüchen freizustellen. Schließen wir mit dem Dritten einen Vergleich oder eine vergleichbare Vereinbarung zur Vermeidung eines Rechtsstreits oder im Rahmen eines Rechtsstreits ab, binden diese den Lieferanten nur, wenn er der Vereinbarung zuvor zustimmt.

3. Die Freistellungspflicht des Lieferanten bezieht sich auf alle Aufwendungen, die uns aus oder in Zusammenhang mit der Inanspruchnahme durch einen Dritten notwendigerweise erwachsen.

4. Die Verjährungsfrist beträgt 60 Monate, beginnend ab Gefahrübergang.

§ 9 Eigentumsvorbehalt, Beistellung, Werkzeuge und Geheimhaltung

1. Sofern wir Teile beim Lieferanten beistellen, behalten wir uns hieran das Eigentum vor. Verarbeitung oder Umbildung durch den Lieferanten werden für uns vorgenommen. Wird unsere Vorbehaltsware mit anderen, uns nicht gehörenden Gegenständen verarbeitet, so erwerben wir das Miteigentum an der neuen Sache im Verhältnis des Wertes unserer Sache (Einkaufspreis zzgl. gesetzlicher Umsatzsteuer) zu den anderen verarbeiteten Gegenständen zur Zeit der Verarbeitung.

2. Wird die von uns beigestellte Sache mit anderen, uns nicht gehörenden Gegenständen untrennbar vermischt, so erwerben wir das Miteigentum an der neuen Sache im Verhältnis des Wertes der Vorbehaltsware (Einkaufspreis zzgl. gesetzlicher Umsatzsteuer) zu den anderen vermischten Gegenständen zum Zeitpunkt der Vermischung. Erfolgt die Vermischung in der Weise, dass die Sache des Lieferanten als Hauptsache anzusehen ist, so gilt als vereinbart, dass der Lieferant uns anteilig Miteigentum überträgt. Der Lieferant verwahrt das Alleineigentum oder das Miteigentum für uns.

3. An Werkzeugen behalten wir uns das Eigentum vor. Der Lieferant ist weiter verpflichtet, die Werkzeuge ausschließlich für die Herstellung der von uns bestellten Waren einzusetzen. Der Lieferant ist verpflichtet, die uns gehörenden Werkzeuge zum Neuwert auf eigene Kosten gegen Feuer, Wasser und Diebstahlschäden ausreichend zu versichern. Gleichzeitig tritt der Lieferant uns schon jetzt alle Entschädigungsansprüche aus dieser Versicherung ab. Wir nehmen die Abtretung hiermit an. Der Lieferant ist verpflichtet, an unseren Werkzeugen etwa erforderliche Wartungs- und Inspektionsarbeiten sowie alle Instandhaltungs- und Instandsetzungsarbeiten auf eigene Kosten durchzuführen. Etwaige Störfälle hat uns der Lieferant unverzüglich anzuzeigen.

4. Soweit die uns gem. Abs. 1 oder 2 zustehenden Sicherungsrechte den Einkaufspreis aller unserer noch nicht

gezahlten Vorbehaltswaren um mehr als 10 % übersteigt, sind wir auf Verlangen des Lieferanten zur Freigabe der Sicherungsrechte nach unserer Wahl verpflichtet.

5. Der Lieferant ist verpflichtet, alle erhaltenen Abbildungen, Zeichnungen, Berechnungen und sonstigen Unterlagen und Informationen geheim zu halten. Dritten dürfen sie nur mit unserer ausdrücklichen Zustimmung offengelegt werden. Die Geheimhaltungsverpflichtung gilt auch nach Abwicklung dieses Vertrages. Sie erlischt, wenn und soweit das in den überlassenen Abbildungen, Zeichnungen, Berechnungen und sonstigen Unterlagen enthaltene Fertigungswissen allgemein bekannt geworden ist.

6. Bei Beendigung der Geschäftsbeziehungen verpflichtet sich der Lieferant, sämtliche Unterlagen i. S. v. Abs. 5 und beigestellte Sachen unverzüglich an uns zurückzugeben.

7. Der Lieferant ist verpflichtet, bewegliche Sachen, die nach den vorgenannten Absätzen in unserem Eigentum stehen oder an denen wir Eigentum erwerben, durch ein entsprechendes, von uns vorgegebenes Label als unser Eigentum oder Miteigentum deutlich sichtbar zu kennzeichnen und auf Verlangen diese Kennzeichnung nachzuweisen.

§ 10 Schlussbestimmungen

1. Gerichtsstand ist Dillenburg, sofern der Lieferant Kaufmann ist. Wir sind jedoch berechtigt, den Lieferanten auch an seinem Wohnsitzgericht zu verklagen.

2. Sofern sich aus der Auftragsbestätigung nichts anderes ergibt, ist der Erfüllungsort Dillenburg.

3. Es gilt ausschließlich das Recht der Bundesrepublik Deutschland. Die Geltung des UN-Kaufrechts ist ausgeschlossen.

4. Sollten einzelne Bestimmungen dieser AEB unwirksam sein oder werden, wird die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen hierdurch nicht berührt. Die Parteien verpflichten sich, anstelle der unwirksamen Bestimmungen solche zu vereinbaren, die den unwirksamen Bestimmungen wirtschaftlich am Nächsten kommen.

5. Abweichungen von den vertraglichen Regelungen und Nebenabreden bedürfen der Schriftform. Dies gilt auch für den Verzicht auf das Schriftformerfordernis. Individualvereinbarungen gehen diesen AEB vor.

6. Für die Auslegung dieser AEB ist ausschließlich die deutsche Sprachfassung maßgebend.

Montabaur, den 01. Januar 2019